Friedhofssatzung der Gemeinde Rogätz

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Zweckbestimmung

II. Ordnungsvorschriften

§ 3 Schließung und Entwidmung

§ 4 Öffnungszeiten

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

§ 6 Dienstleistungserbringer

III. Bestattungsvorschriften

§ 7 Allgemeines

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

§ 9 Größe der Grabstellen

§ 10 Ruhezeit

§ 11 Ausgrabung und Umbettung

IV Grabstätten

§ 12 Allgemeines

§ 13 Reihengrabstätten

§ 14 Wahlgrabstätten

§ 15 Kindergrabstätten

§ 16 Rasengrabstätten

§ 17 Urnenwahlgrabstätten

§ 18 anonyme Urnengemeinschaftsanlage

§ 19 Beräumung und Einebnung

§ 20 Grabregister

V Gestaltung der Grabstätten

§ 21 Allg. Gestaltungsgrundsätze

VI Grabmale

§ 22 Zustimmungserfordernis

§ 23 Standsicherheit

§ 24 Unterhaltung

VII Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 25 Allgemeines

§ 26 Vernachlässigung

§ 27 Abfallbeseitigung

VIII Trauerhalle

§ 28 Benutzung der Trauerhalle

IX Gebühren und Billigkeitsmaßnahmen

§ 29 Gebührenpflicht

§ 30 Entstehen und Fälligkeit der Gebühren

§ 31 Billigkeitsmaßnahmen

X. Schlussbestimmungen

§ 32 Alte Rechte

§ 33 Grabstätten der Opfer von Krieg und Gewalt

§ 34 Haftung der Gemeinde

§ 35 Ordnungswidrigkeiten

§ 36 Inkrafttreten

Anlage 1 - Gebührenkatalog

Präambel

Auf der Grundlage der §§ 5, 8 und 43 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), der §§ 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S.405), in der zur Zeit gültigen Fassung und des Gesetzes des Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt (Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt- BestattG LSA) vom 05. Februar 2002 (GVBl. LSA S.46), in der zur Zeit gültigen Fassung, wurde in der Gemeinderat Rogätz am 01.06.2021 folgende Friedhofssatzung beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für den im Eigentum der Gemeinde Rogätz stehenden und von ihr verwalteten Friedhof einschließlich der Trauerhalle.

§ 2 Zweckbestimmung

Der Friedhof ist eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde Rogätz. Er dient der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Rogätz waren, ehemaliger Einwohner, die ihre Wohnung wegen Aufnahme in einem auswärtigen Altersheim oder einer ähnlichen Einrichtung oder aus Pflegebedürftigkeit aufgegeben haben oder Personen, die ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besitzen. Weiterhin ist es Einwohnern der Gemeinde Rogätz gestattet Familienmitglieder bis 2. Grades sowie deren Ehegatten beizusetzen. Hierzu zählen insbesondere:

- Kinder
- Eltern
- Großeltern
- Halb-/Geschwister
- Enkel.

II. Ordnungsvorschriften

§ 3 Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile oder einzelne Grabstätten können aus wichtigem öffentlichen Interesse geschlossen oder entwidmet werden. Durch Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen. Durch die Entwidmung verliert der Friedhof/Friedhofsteil seine Eigenschaft als öffentlichen Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst sowie die Entwidmung sind jeweils öffentliche bekanntzumachen.
- (3) Die Gemeinde kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen. Die Entwidmung kann verfügt werden, wenn alle Nutzungsrechte und Ruhefristen abgelaufen sind.
- (4) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte aufgehoben oder im Einvernehmen mit den Berechtigten abgelöst werden sollen, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.

§ 4 Öffnungszeiten

Die Gemeinde kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen. Öffnungszeiten oder Einschränkungen werden an den Eingängen bekannt gegeben.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes und der Achtung der Persönlichkeitsrechte der Angehörigen und Besuchern entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals und -verwaltung sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung und unter Verantwortung Erwachsener betreten.
- (3) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:

-
1. die Wege mit Fahrzeugen aller Art und Sportgeräten zu befahren. Ausgenommen sind Sargtransportwagen, Kinderwagen, Rollstühle, elektrische Gehhilfen sowie Fahrzeuge der zugelassenen Dienstleistungserbringer,
 2. der Verkauf von Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, sowie das Anbieten von Dienstleistungen,
 3. oder an Sonn- und Feiertagen bzw. in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen,
 4. die Erstellung und Verwertung von Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken,
 5. Druckschriften zu verteilen
 6. Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
 7. den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen,
 8. Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen zu betreten,
 9. Zu lärmern und zu spielen, zu essen und zu trinken sowie zu lagern,
 10. Tiere mitzubringen, mit Ausnahme von angeleiteten Hunden.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs zu vereinbaren sind.
- (5) Totengedenkfeiern sind 14 Tage vorher bei der Friedhofsverwaltung anzumelden.

§ 6 Dienstleistungserbringer

- (1) Arbeiten auf dem Friedhofsgelände dürfen nur von Dienstleistern erbracht werden, deren Gewerbe oder Beruf Leistungen beinhaltet, welche im Friedhofswesen anfallen (insbesondere Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter und sonstige vergleichbare Tätigkeiten auf Friedhöfen).
- (2) Um eine Kontrolle der Einhaltung der den Dienstleistungserbringern obliegenden Verpflichtungen zu ermöglichen sowie die Erfassung der Gebührenpflichtigen sicher zu stellen, ist der Gemeinde die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Friedhofsgelände vor Beginn, unter Angabe des beabsichtigten Zeitpunktes der Arbeitsaufnahme, Name und Adresse des Dienstleistungserbringers und des Auftraggebers sowie der beabsichtigte Termin und die Dauer der geplanten Arbeiten mitzuteilen. Hiervon ausgenommen sind saisonal bedingte und jährlich wiederkehrende Dienstleistungen.
- (3) Den Anordnungen des/der Friedhofspersonals/-verwaltung sind Folge zu leisten. Die Ausübung der Tätigkeit auf dem Friedhofsgelände kann dem Dienstleistungserbringer durch die Friedhofsverwaltung begrenzt oder unbegrenzt durch Bescheid untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer gegen die Vorschriften dieser Friedhofssatzung in grober Weise verstößt oder den Anordnungen des/der Friedhofspersonals/-verwaltung im Einzel- oder Wiederholungsfall nicht nachkommt.

III. Bestattungsvorschriften

§ 7 Allgemeines

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalls bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.
- (2) Wird eine Beisetzung in einer vorher erworbenen Grabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.

-
- (3) Der Bestattungstermin wird in Absprache mit der Friedhofsverwaltung festgelegt. Wünsche von Angehörigen sollen angemessen berücksichtigt werden.
 - (4) Soweit eine Ausnahme nach gesetzlichen Bestimmungen nicht vorliegt, werden Verstorbene, die nicht binnen 10 Tagen nach Eintritt des Todes und Urnen, die nicht binnen eines Monats nach der Einäscherung bestattet sind, von Amts wegen bestattet. Die Kosten hat der zur Bestattung Verpflichtete zu tragen. Die Bestattung von Urnen erfolgt in der Urnengemeinschaftsanlage und die Bestattung von Leichen in einem Reihengrab.

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen nur Säрге aus leicht abbaubarem Material (z.B. Vollholz) erlaubt, die keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrocellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke und Zusätze enthalten. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und -ausstattung. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen.
- (2) Die Urnen müssen aus zersetzbarem, umweltfreundlichem Material bestehen, welches in einem der Ruhefrist angemessenem Zeitraum ohne Rückstände vergeht.

§ 9 Größe der Grabstellen

- (1) Die Größe der Grabstellen wird wie folgt festgesetzt (Außenkante Einfassung außer bei Rasengrabstätten):

	Breite x Länge
1. Einzelgräber	1,10 m x 3,00 m
2. Doppelgräber	2,60 m x 3,00 m
3. Kindergrabstätten	1,10 m x 3,00 m
4. Rasenreihengrab	1,75 m x 2,50 m
5. Urnenwahlgrab 2er	0,65 m x 1,30 m
6. Urnenwahlgrab 4er	1,30 m x 1,30 m

- (2) Der Abstand von Grab zu Grab muss mindestens 0,40 m betragen. Der Abstand zwischen den Grabreihen beträgt mindestens 0,60 m.
- (3) Die Tiefe der Grube soll 1,80 m betragen. Sie soll mindestens so tief sein, dass der höchste Punkt des Sarges 1,00 m unter der Erdoberfläche liegt.
- (4) Im Einzelfall können davon abweichende Maße genehmigt werden.
- (5) Die Grabeinfassungen müssen eine Mindeststärke von 8-10 cm bei Erdbegräbnisstellen haben, bei Urnengräbern mindestens 5 cm Breite und 10 cm Höhe nicht überschreiten.

§ 10 Ruhezeiten

Die Ruhezeiten für Leichen beträgt 20 Jahre. Die Ruhezeit für Aschen beträgt 15 Jahre. Vor Ablauf der Ruhezeit darf eine Grabstelle mit Ausnahmen des § 13 Abs. 2 nicht neu belegt werden.

§ 11 Ausgrabung und Umbettung

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.
- (3) Alle Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt sind die Nutzungsberechtigten.
- (4) Die Umbettung darf nur über ein Bestattungsunternehmen vorgenommen werden. Das Bestattungsunternehmen ist vom Nutzungsberechtigten im Vorfeld zu beauftragen.
- (5) Umbettungen aus der Urnengemeinschaftsanlage sind nicht möglich.
- (6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz der Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
- (7) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur auf Grund behördlicher oder rechtlicher Anordnung ausgegraben werden.
- (9) Wird eine Grabstätte durch eine Umbettung frei, erlischt das Nutzungsrecht entschädigungslos.

IV. Grabstätten

§ 12 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden (Nutzungsrecht).
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in:
 1. Einzelreihengrabstätten
 2. Einzelwahlgrabstätten
 3. Doppelwahlgrabstätten
 4. Kindergrabstätten
 5. Rasengrabstätten
 6. Urnenwahlgrabstätten
 7. Anonyme Urnengemeinschaftsanlage
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte, an Wahlgrabstätten, an Urnenwahlgrabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (4) Gräfte und Grabgebäude sind grundsätzlich nicht zugelassen.
- (5) Wird eine Grabstätte vorzeitig aufgegeben, hat dieses in schriftlicher Form bei der Friedhofsverwaltung zu erfolgen. Es besteht kein Anspruch auf Rückerstattung von Gebühren.

§ 13 Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden abgegeben werden.
- (2) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche je Grabstätte beigesetzt werden. Es kann jedoch gestattet werden, eine Mutter mit einem gleichzeitig verstorbenen Neugeborenen oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zu 5 Jahren in einer Grabstätte zu bestatten.
- (3) Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes oder Verlängerung des Nutzungsrechtes ist nicht möglich.

§ 14 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Der Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes ist nur auf Antrag und für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Die Gemeinde kann Erwerb und Wiedererwerb von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten ablehnen, insbesondere wenn die Schließung gem. § 3 beabsichtigt ist.
- (2) Wahlgrabstätten werden als Einzel- oder Doppelwahlgräber vergeben. Je Grabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Auf eine belegte Wahlgrabstätte dürfen zusätzlich bis zu 2 Urnen beigesetzt werden. Dabei ist für jede Urne das bestehende Nutzungsrecht um die Anzahl der Jahre, die an der Ruhezeit fehlen, zu verlängern. Ausnahmen sind auf Antrag möglich.
- (3) Änderung einer mehrstelligen Grabstätte zu einer einstelligen Grabstätte ist schriftlich bei der Friedhofsverwaltung zu beantragen. Es besteht kein Anspruch auf Rückerstattung von Gebühren und Auslagen.
- (4) Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr mit Aushändigung der Verleihungsurkunde.
- (5) Überschreitet bei Beisetzungen die Ruhezeit das Nutzungsrecht, so ist zur Wahrung der Ruhezeit das Nutzungsrecht um den notwendigen Zeitraum zu verlängern. Der Nutzungsberechtigte hat die Kosten im Sinne der Satzung zu tragen.
- (6) Nach Ablauf der Ruhezeit kann das Nutzungsrecht auf Antrag durch besondere Genehmigung der Friedhofsverwaltung gegen erneute Zahlung verlängert werden. Eine Verlängerung ist nach Jahresansätzen möglich. Die Nutzungsberechtigten sind verpflichtet für rechtzeitige Verlängerung zu sorgen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, den Nutzungsberechtigten auf die rechtzeitige Verlängerung hinzuweisen.
- (7) Schon bei der Vergabe des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch schriftlichen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über,
 1. auf den überlebenden Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner,
 2. auf die volljährigen ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder,
 3. auf die Stiefkinder,

-
4. auf die volljährigen Enkel,
 5. auf die Eltern,
 6. auf die volljährigen Halb-/Geschwister,
 7. auf die Stiefgeschwister,
 8. auf die Großeltern,
 9. auf die nicht unter 1. bis 8. fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen 2. bis 4 sowie 6. und 7. wird der an Jahren Älteste Nutzungsberechtigter. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Bestattung übernimmt. Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus diesem Kreis übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Gemeinde.

- (8) Der Nutzungsberechtigte entscheidet über weitere mögliche Bestattungen in der Grabstätte im Rahmen der Bestimmungen dieser Satzung. Wesentliche Veränderungen, Umbettungen, Ausgrabungen usw. können nur mit Zustimmung des Nutzungsberechtigten veranlasst werden.
- (9) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.
- (10) Bei Abgabe oder Entzug des Nutzungsrechtes der Grabstätte kann die Gemeinde über diese Grabstätte nach Ablauf der Ruhefristen entschädigungslos frei verfügen. Ein Anspruch auf Rückerstattung von Gebühren besteht nicht.

§ 15 Kindergrabstätten

- (1) Kindergrabstätten sind Grabstätten für Verstorbene bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren vergeben wird.
- (2) Wiedererwerb und Verlängerung des Nutzungsrechts sind auf Antrag möglich. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 13.

§ 16 Rasengrabstätten

- (1) Rasengräber sind Grabstätten für Sarg- und Urnenbestattungen an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer der Ruhezeit verliehen werden kann und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird.
- (2) Während der Nutzungszeit kann bei einer Sargbestattung zudem eine Urne bzw. bei einer Urnenbestattung eine weitere Urne in dem bestehenden Rasengrab beigesetzt werden. Überschreitet bei Beisetzung einer Urne die Ruhezeit das Nutzungsrecht, so ist zur Wahrung der Ruhezeit das Nutzungsrecht um den notwendigen Zeitraum zu verlängern. Der Nutzungsberechtigte hat die Kosten im Sinne der Satzung zu tragen.
- (3) Ein Wiedererwerb oder eine Verlängerung des Nutzungsrechtes ist unabhängig einer Urnenbeisetzung nicht möglich.
- (4) Jede Rasengrabstätte wird durch die Friedhofsverwaltung mit einer Grabplatte versehen. Die Grabplatte wird bodengleich über der Urne oder der Kopfposition des Verstorbenen positioniert.
- (5) Die Grabplatte hat folgende Kriterien zu erfüllen:

Maße:	(Breite x Länge)
Einzelbelegung	50 cm x 40 cm
Doppelbelegung	50 cm x 70 cm
Material: Granit	
Steinfarbe: dunkelgrau	
Schriftart: eingeschlagen ohne Farbgebung	

Es dürfen lediglich Daten des Verstorbenen anhand der festgelegten Schriftart, eingraviert werden (Vor- und Zuname, ggf. Geburtsname, Geburtsdatum sowie Sterbedatum).

- (6) Das Ablegen von Grabschmuck und ähnlichem ist auf der Grabfläche nicht gestattet. Hierfür ist eine gesonderte Fläche vorgesehen.
- (7) Für die Bestattung und die spätere Pflege wird eine einmalige Gebühr erhoben.

§ 17 Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten sind Aschengrabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 15 Jahren verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Ein Wiedererwerb oder die Verlängerung des Nutzungsrechtes sind auf Antrag möglich.
- (2) Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte beigesetzt werden können, richtet sich nach der Größe der Grabstätte. Es werden folgende Urnenwahlgrabstätten unterschieden:
 - 2er Urnenwahlgrab bis zu 2 Urnen
 - 4er Urnenwahlgrab bis zu 4 Urnen.

Für weitere Urnen können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden.

§ 18 Anonyme Urnengemeinschaftsanlage

- (1) Die anonyme Urnengemeinschaftsanlage ist eine Grabanlage für die Beisetzung von Urnen innerhalb einer Rasenfläche.
- (2) Der Bestattungsplatz wird nicht bekannt gegeben und nicht gekennzeichnet.
- (3) Diese Grabanlage ist eine Dauergrabanlage. Ein Nutzungsrecht für diese Bestattungsart kann nicht erworben werden. Umbettungen sind nicht möglich.
- (4) Das Ablegen von persönlichen Gaben (Grabschmuck und Ähnliches) auf der Rasenfläche ist nicht gestattet.
- (5) Für die Bestattung und die spätere Pflege wird eine einmalige Gebühr erhoben.

§ 19 Einebnung und Beräumung

- (1) Die Grabstätten sind nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes innerhalb von 3 Monaten abzuräumen. Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen sind eigenverantwortlich vom Friedhof zu entfernen.
- (2) Vor der Beräumung der Grabstätte ist ein Antrag bei der Friedhofsverwaltung zu stellen. Die Grabstätte darf erst beräumt werden, wenn der Antrag genehmigt wurde. Das gleiche gilt, wenn vor Ablauf des Nutzungsrechtes oder der Ruhezeit die Grabmale

beräumt werden sollen. Bei vorzeitiger Aufgabe der Grabstätte besteht kein Anspruch auf Rückerstattung von Gebühren.

- (3) Erfolgt keine Beräumung innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes, lässt die Friedhofsverwaltung die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen auf Kosten der Angehörigen bzw. Nutzungsberechtigten entfernen.
- (4) Auf den Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich, falls er nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung entsprechend der Hauptsatzung der Gemeinde Rogätz oder durch einen Hinweis auf der Grabstätte für die Dauer von 3 Monaten, hingewiesen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, den Nutzungsberechtigten auf die rechtzeitige Verlängerung hinzuweisen.

§ 20 Grabregister

Über alle Bestattungen ist ein fortlaufendes Grabregister zu führen, in welchem der Name des Verstorbenen sowie Ort und Zeit des Todes und der Bestattung sowie die Grabnummer und der Nutzungsberechtigte anzugeben sind. Die Führung des Grabregisters obliegt der Friedhofsverwaltung.

V. Gestaltung von Grabstätten

§ 21 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

VI. Grabmale

§ 22 Zustimmungserfordernis

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen, Steineinfassungen oder sonstigen baulichen Anlagen bedarf der Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung ist vor der Anfertigung oder Veränderung der Grabmale einzuholen.
- (2) Dem Antrag ist eine Zeichnung im Maßstab 1: 10 beizufügen, aus der die Anordnung von Schrift und Symbol auf dem Grabmal ersichtlich ist.
- (3) Entspricht die Ausführung eines Grabmals nicht der genehmigten Zeichnung oder ist es ohne Zustimmung errichtet oder geändert worden, so kann es auf Kosten des Auftraggebers entfernt werden.

§ 23 Standsicherheit der Grabmale

Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein und Holzbildhauerhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils geltenden Fassung) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.

§ 24 Unterhaltung

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauerhaft in gutem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür sind bei Reihengrabstätten/

Urnenreihengrabstätten der Auftraggeber für die Beisetzung, bei Wahlgrabstätten/ Urnenwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte.

- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Nutzungsberechtigten verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge werden auf Kosten des Nutzungsberechtigten erforderliche Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) durchgeführt.
- (3) Bei nichtordnungsgemäßigem Zustand und trotz schriftlicher Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung innerhalb einer jeweils festzusetzenden, angemessenen Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, auf Kosten des Verantwortlichen das Grabmal, die sonstigen baulichen Anlagen oder Teile davon entfernen zu lassen. Aufbewahrungspflicht besteht nicht. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein vierwöchiger Hinweis auf der Grabstätte.
- (4) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder Grabmalteilen verursacht wird.

VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 25 Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten müssen der Würde des Ortes entsprechend hergerichtet und ständig gepflegt und verkehrssicher instandgehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulagern.
- (2) Die Gestaltung der Grabstätten ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Für die Bepflanzung sind nur solche Pflanzen zu verwenden, die andere Grabstätten oder die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Einzelsolitärbepflanzungen dürfen 1,50 m in der Höhe nicht überschreiten.
- (3) Für das Herrichten und Instandhalten der Grabstätten sind die jeweiligen Angehörigen bzw. Nutzungsberechtigten verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes. Die Grabstätten sind innerhalb von 6 Monaten nach der Belegung herzurichten.
- (4) Die Gräber sind von Unkraut freizuhalten. Das Grabfeld, unmittelbar zwischen Gräbern, mittelbar zu den Haupt- und Nebenwegen sind so in Ordnung zu halten, dass es den allgemeinen Anforderungen der Ordnung und Sauberkeit entspricht. Insbesondere ist es von Unkraut freizuhalten, soweit die Flächen nicht durch die Gemeinde gemäht werden.
- (5) Die Pflege der anonymen Urnengemeinschaftsanlage/Rasengräbern obliegt der Gemeinde. Blumen und Kränze dürfen nur an den dafür vorgesehenen Plätzen niedergelegt werden.

§ 26 Vernachlässigung

Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche nach schriftlicher Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer jeweils festgesetzten Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und

ein dreimonatiger Hinweis auf der Grabstätte. Bleibt die Aufforderung unbeachtet, kann die Abräumung von Grabstätten von der Friedhofsverwaltung veranlasst werden. Die Kosten hat der Verantwortliche zu tragen.

§ 27 Abfallbeseitigung

Durch die Pflege und Unterhaltung der Gräber und des Grabumfeldes anfallende Grünabfälle sind auf dem von der Gemeinde eingerichteten Abfallplatz ordnungsgemäß abzulegen. Andere Abfallarten sind entsprechend getrennt in den entsprechenden Tonnen zu entsorgen.

VIII. Trauerhalle

§ 28 Benutzung der Trauerhalle

- (1) Die Trauerhalle dient zur Aufbewahrung der Verstorbenen bis zur Bestattung und zur Abhaltung von Trauerfeierlichkeiten.
- (2) Für die Benutzung der Trauerhalle ist die vorherige Genehmigung der Friedhofsverwaltung einzuholen. Die Benutzung der Trauerhalle ist kostenpflichtig.
- (3) Haben Bestatter Zutritt zur Trauerhalle, liegt die Verantwortung für ordnungsgemäßes Verschließen und die Haftung für Schäden bei Ihnen.
- (4) Der Sarg muss 3 Stunden vor der Beerdigung wieder geschlossen sein. Verboten ist eine Wiederöffnung wenn der Tod durch eine ansteckende oder meldepflichtige Krankheit erfolgte.

IX. Gebühren

§ 29 Gebührenpflicht

- (1) Zur Zahlung der Gebühren ist derjenige verpflichtet der,
 1. eine Leistung nach dieser Satzung beauftragt oder eine Einrichtung nach dieser Satzung in Anspruch genommen hat,
 2. nach den Vorschriften des Bestattungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt jeweils in der gültigen Fassung der Bestattungspflicht unterliegt,
 3. Erbe ist.
- (2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Die Gebühren richten sich nach dem in Anlage 1 befindlichen Gebührenkatalog.

§ 30 Entstehen und Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebühren entstehen mit der Inanspruchnahme der Bestattungs- und Friedhofseinrichtungen und der Leistungen der Gemeinde.
- (2) Die Gebühren werden innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren nach Maßgabe der hierfür gültigen Bestimmungen beigetrieben.

§ 31 Billigkeitsmaßnahmen

Die Gemeinde kann die Gebühren ganz oder teilweise stunden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalls unbillig, können sie ganz oder teilweise erlassen werden.

X. Schlussbestimmungen

§ 32 Alte Rechte

- (1) Bei Grabstätten, über welche der Friedhofsträger bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richtet sich die Nutzungszeit und Gestaltung nach den bei der Vergabe gültig gewesenen Vorschriften.
- (2) Der Wiedererwerb des Nutzungsrechts richtet sich nach dieser Satzung.

§ 33 Grabstätte der Opfer von Krieg und Gewalt

Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft bleiben dauernd bestehen. Die Verpflichtung zur Erhaltung dieser Gräber regelt das Gräbergesetz.

§ 34 Haftung der Gemeinde

- (1) Die Friedhofsverwaltung haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und seiner Einrichtungen, durch dritte Personen, Tiere oder höhere Gewalt entstehen.
- (2) Der Friedhofsverwaltung obliegt keine Obhuts- und Überwachungspflicht. Während der Wintermonate gewährleistet die Friedhofsverwaltung durch Räumen und Streuen die Zugänge zu dem Friedhof, auf den Hauptwegen und zu den Bestattungsplätzen. Die Benutzung der übrigen Wege erfolgt auf eigene Gefahr.

§ 35 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Vorschriften oder Bestimmungen dieser Satzung handelt, insbesondere:
 1. entgegen § 4 Abs. 1 sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes und der Achtung der Persönlichkeitsrechte der Angehörigen entsprechend verhält und die Anordnung des Personals der Gemeinde sowie der Friedhofsverwaltung nicht befolgt,
 2. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 1 die Wege mit Fahrzeugen aller Art und Sportgeräten befährt, ausgenommen sind Sargtransportwagen, Kinderwagen, Rollstühle und Fahrzeuge der zugelassenen Dienstleistungserbringer,
 3. entgegen § 4 Abs.3 Nr. 2 Waren aller Art insbesondere Kränze und Blumen verkauft sowie Dienstleistungen anbietet oder an Sonn- und Feiertagen bzw. während einer Bestattung Arbeiten ausführt,
 4. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 3 Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen erstellt und verwertet, außer zu privaten Zwecken
 5. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 4 Druckschriften verteilt,
 6. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 5 Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen ablagert,
 7. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 6 den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten verunreinigt oder beschädigt,

-
8. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 7 Einfriedungen und Hecken übersteigt und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen betritt.
 9. entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 8 Tiere mitbringt, mit Ausnahme von angeleinten Hunden,
 10. entgegen § 4 Abs. 5 Totengedenkfeiern nicht 14 Tage vorher bei der Friedhofsverwaltung anmeldet,
 11. als Dienstleistungserbringer entgegen § 5 Abs. 2 den Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme nicht bzw. nicht termingemäß mitteilt,
 12. entgegen § 6 Abs. 1 Bestattungen nicht unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalls bei der Friedhofsverwaltung anmeldet,
 13. entgegen § 10 Abs. 2 eine Umbettung von Leichen und Aschen ohne vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung vornimmt,
 14. entgegen § 19 Abs. 2 eine Grabstätte ohne vorheriger Antragsstellung beräumt,
 15. entgegen § 22 Abs. 1 ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung Grabmale, Steineinfassungen oder sonstige bauliche Anlagen errichtet oder verändert,
 16. 16. entgegen § 25 Abs. 1 eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß herrichtet oder pflegt
 17. entgegen § 28 Abs. 2 nicht die vorherige Genehmigung der Friedhofsverwaltung einholt,

(2) Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 8 Abs. 6 KVG LSA mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 36 Inkrafttreten

Diese Friedhofssatzung der Gemeinde Rogätz tritt am Tage nach der Bekanntgabe in Kraft.

Großmann
Bürgermeister

Siegel

Gebührenkatalog der Friedhofssatzung der Gemeinde Rogätz

Für die Benutzung des gemeindeeigenen Friedhofes der Gemeinde Rogätz und ihrer Einrichtung sowie für Leistungen und damit verbundene Amtshandlungen werden folgende Gebühren für die Dauer des Nutzungsrechts erhoben:

Zuteilung eines Grabes

1. Gebühr für Urnengräber (Feld 1)

1.1 2er Urnenwahlgrab	300,00 €
1.2 4er Urnenwahlgrab	590,00 €
1.3 Zulassung einer Urne auf einer bestehenden Wahlgrabstätte	135,00 €

2. Gebühr für Erdgrabstätten (Feld 2)

2.1 Einzelreihengrab	470,00 €
2.2 Einzelwahlgrab	710,00 €
2.3 Doppelwahlgrab	1.200,00 €
2.4 Kindergräber	Kostenlos
2.5 Zulassung einer Urne auf einer bestehenden Wahlgrabstätte	135,00 €

3. Gebühr für Rasengräber

3.1 Rasengrab Sarg (Unterhaltung der Anlage enthalten)	1.400,00 €
	zzgl. Grabplatte
3.2 Rasengrab Urne (Unterhaltung der Anlage enthalten)	1.200,00 €
	zzgl. Grabplatte
3.3 Zulassung einer Urne auf einer bestehenden Grabstätte	135,00 €

4. Urnengemeinschaftsanlage

4.1 Anonym	950,00 €
------------	----------

(1) Verlängerung

Die Verlängerung des Nutzungsrechtes für Wahlgrabstätten beträgt pro Jahr den 20-ten Teil der Verleihungsgebühr der entsprechenden Grabart.

Die Verlängerung der Rasengräber durch eine Urnenbeisetzung beträgt pro Jahr den 15-ten Teil der unter 3.2 genannten Gebühr.

(3) Sonstige Gebühren

Benutzung der Trauerhalle je Trauerfeier	120,00 €
--	----------

(4) Für zusätzliche Leistungen, die nicht im Gebührenverzeichnis enthalten sind, wird die zu erhebende Gebühr im Einzelfall nach dem tatsächlichen Aufwand festgesetzt.